

Nur gemeinsam sind wir stark!

Acht Prozent mehr Geld, mindestens 200,- Euro, sowie die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich!

14.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst folgten dem Aufruf des dbb und seiner Fachgewerkschaften und von ver.di und fanden sich am 03.02.2009 in der Landeshauptstadt ein. Mit Demonstrationen und Warnstreiks wollen und werden die Gewerkschaften Druck in den laufenden Tarifverhandlungen machen. 14.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mahnten: Seit 2003 haben wir einen Reallohnverzicht von 8 % hinnehmen müssen. Damit muss jetzt Schluss sein!

Zwei Tarifverhandlungsrunden hatten bisher stattgefunden. Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) unter Vorsitz unseres Finanzministers Hartmut Möllring lehnt die Forderungen der Gewerkschaften bisher ab, ohne selber ein Angebot zu machen. Die einzige merkliche Veränderung, die zwischen der ersten und zweiten Verhandlungsrunde eingetreten war, war die Verlegung des Verhandlungsortes von Berlin nach Potsdam. Am 14. und 15. Februar 2009 wird in Potsdam auch die dritte und entscheidende Verhandlungsrunde stattfinden.

Die Beschäftigten aus unser Steuerverwaltung, der Polizei und Lehrer, aus dem Bereich des Krankenpflegepersonals und der Straßenmeistereien sowie aus vielen anderen öffentlichen Verwaltungen starteten um 11.00 Uhr am Schützenplatz zu einem eindrucksvollen Protestzug durch die Innenstadt von Hannover. 1 ½ Stunden lang bewegte sich der Zug über den Friedrichswall vorbei am Niedersächsischen Finanzministerium zum Ort der Großkundgebung auf dem Opernplatz. Mit Trommeln, Trillerpfeifen, Plakaten und Fahnen verliehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Forderung Nachdruck. Plakataufschriften wie „Wir sind nicht die Melkkühe der Nation“ sagten deutlich, es muss endlich etwas passieren!

Deutlich waren auch die Fahnen der DSTG in dem kilometerlangen Zug zu erkennen. Viele unserer Ortsverbände waren mit ihren Kolleginnen und Kollegen gut vertreten. Lange Fahrzeiten beispielsweise aus den Ortsverbänden im Finanzamt Cuxhaven, Wesermünde, Emden, Göttingen und vielen anderen Orten



Aus dem Landesvorstand

wurden von unseren Kolleginnen und Kollegen in Kauf genommen, um der Politik zu zeigen: Das Maß ist voll! Unsere Forderungen sind gerechtfertigt!

Um 12.30 Uhr tauchte der Opernplatz in ein grandioses Meer an Fahnen. Deutlich war zu sehen, dass alle Bereiche der öffentlichen Verwaltungen gut vertreten waren. Mehr als 3.000 Polizistinnen und Polizisten waren im Rahmen ihres bundesweiten Aktionstages auch aus Bundesländern wie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern angereist.

Vier Redner, u.a. der stellvertretende DBB Bundesvorsitzende Frank Stöhr, machten den Verdross der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr als deutlich, indem sie unseren Minister als einen Künstler bezeichneten, der ein Fass ohne Boden zum Überlaufen bringen könne. Sie forderten:

Leistung muss endlich anerkannt werden.

Und: Es kann nicht angehen, dass Beschäftigte der einzelnen Länder für gleiche Leistung unterschiedlich bezahlt werden. Es kann auch nicht sein, dass Beschäftigte in Ländern und Kommunen bei gleicher Leistung unterschiedlich verdienen. Nicht nur die Qualität des öffentlichen Dienstes muss bundesweit einheitlich sein, sondern auch die Bezahlung, forderte Frank Stöhr, 1. Vorsitzender der dbb tarifunion.

Die Politik will ein Konjunkturprogramm? Eine Tarif- und Besoldungserhöhung von acht Prozent für die Beschäftigten ist das beste Konjunkturprogramm gegen die Wirtschaftskrise. Sie stärkt die Nachfrage. Und: Dieses Programm kommt bei den Richtigen an! Schutzschirme für die Banken, die Autoindustrie, Abwrackprämien, wer weiß, ob es hilft. Die Steigerung der Nachfrage, da sind sich alle Wirtschaftsweisen einig, ist auf jeden Fall richtig. Die Zustimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den Worten von Frank Stöhr (dbb tarifunion), Frank Bsirske (ver.di), Eberhardt Brandt (Lehrergewerkschaft GEW) und Konrad Freiberg (Polizeigewerkschaft (GdP)) war deutlich zu hören. Mit Trillerpfeifen, Rasseln, Pfiffen und Buhrufen verliehen sie den jeweiligen Aussagen eindrucksvoll Nachdruck.

Wir danken allen DSTG-lern, die durch ihre Teilnahme dazu beigetragen haben, dass diese Demonstration eine machtvolle Demonstration der Beschäftigten war und für die Politik ein Beweis ist, dass die Beschäftigten hinter den Forderungen ihrer Gewerkschaften stehen.

Möglicherweise werden wir in diesem Jahr gezwungen sein, erneut Flagge zu zeigen. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin bei unserer Arbeit für Sie.

AKTUELLES - Kurz notiert:

Das folgende Urteil vom 20. Januar 2009 - 1 AZR 515/08 lässt die Versendung von E-Mails mit gewerkschaftlichem Inhalt an ihre Mitglieder unter Nutzung der betrieblichen E-Mail-Adressen zu.

Das Bundesarbeitsgericht hat zu der Problematik das Folgende ausgeführt:

"Eine tarifzuständige Gewerkschaft darf sich an Arbeitnehmer über deren betriebliche E-Mail-Adressen mit Werbung und Informationen wenden. Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber den Gebrauch der E-Mail-Adressen zu privaten Zwecken untersagt hat.

Die Entscheidung einer Gewerkschaft, Arbeitnehmer auf diesem Weg anzusprechen, ist Teil ihrer durch Art. 9 Abs. 3 Satz 1 GG geschützten Betätigungsfreiheit. Soweit dabei Grundrechte des Arbeitgebers berührt werden, sind die kollidierenden Rechtspositionen gegeneinander abzuwägen. Das durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Eigentumsrecht des Arbeitgebers und sein von Art. 2 Abs. 1 GG erfasstes Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb haben gegenüber der gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit zurückzutreten, solange der E-Mail-Versand nicht zu nennenswerten Betriebsablaufstörungen oder spürbaren, der Gewerkschaft zuzurechnenden wirtschaftlichen Belastungen führt.

Auf Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer kann sich der Arbeitgeber im Rahmen eines deliktischen Unterlassungsanspruchs gegenüber der Gewerkschaft nicht berufen."

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendam 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2009 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

unsere DSTG feiert 60. Geburtstag in Niedersachsen und im Bund. Der Bund plant einen großen Festakt im Rahmen seiner Bundeshauptvorstandssitzung Anfang Juni in Berlin. Dagegen haben wir im Geschäftsführenden Vorstand beschlossen, mit Ihnen, mit allen unseren Mitgliedern in Niedersachsen zu feiern. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben uns über Jahre, vielfach Jahrzehnte die Treue gehalten. Sie waren und sind der Garant unserer großen Erfolge. Auf der Grundlage dieses gegenseitigen Vertrauens werden wir auch künftige Probleme erfolgreich lösen.

Ich habe auf dem Landesverbandstag angekündigt, wir wollten die Basisarbeit, die Kontakte zu den Ortsverbänden intensivieren. Um die Arbeitsmöglichkeiten vor Ort zu verbessern, werden wir das Geld, das eine zentrale Feier für wenige Mitglieder kosten würde, unseren Ortsverbänden, allen unseren Mitgliedern zur Verfügung stellen.

Das Jahr 2009 ist sowohl in der Politik als auch im Gewerkschaftsbereich ein Jahr vieler großer Jubiläen. Der dbb, der ebenfalls 60 Jahre alt wird, hatte zu Beginn dieses Jahres zu seiner 50. gewerkschaftspolitischen Tagung eingeladen. Rückblick und Ausblick hielten sich die Waage.

Sowohl der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers als auch Bundesinnenminister Schäuble hoben nachdrücklich die Leistungen des öffentlichen Dienstes hervor. Während Wolfgang Schäuble an die Vertragsverhandlungen 1989/1990 im Rahmen der Wiedervereinigung erinnerte, lobte Jürgen Rüttgers die Berliner Ministerialbürokratie beim „Aufspannen des Schutzschirmes für die Banken“.

Ich ergänze, der öffentliche Dienst in Deutschland hat in sechs Jahrzehnten durch seine Einsatzbereitschaft und seine Leistungsfähigkeit unser Land aufgebaut und vorgebracht. Wir haben

stets den Schutzschirm über die Politik gehalten, weil der öffentliche Dienst immer loyal den Regierungen gedient hat, obwohl manche von ihnen uns oft im Regen stehen ließen. Die Vorgabe von Ideen und Strategien ist die Aufgabe der Politik, die Beratung und fachgerechte Umsetzung obliegt dem öffentlichen Dienst. Diese Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen sind leider nicht immer so anerkannt worden wie dieses Jahr durch die beiden Politiker in Köln.

Ich erinnere mich zum Beispiel an den dbb Gewerkschaftstag in Leipzig, als es einem Herrn Schily



zu neblig war, um zur öffentlichen Veranstaltung in die Messestadt zu reisen. Nach Köln war Herr Schily zu einer Podiumsdiskussion mit zwei seiner Vorgänger eingeladen. Am Freitag vor dem Termin ließ er, so der dbb Vorsitzende Heesen, durch sei Büro anrufen, er könne nicht kommen, weil eine Fraktions-sitzung der SPD stattfindet. Teilnehmer der gewerkschaftspolitischen Tagung bezeichneten dieses Verhalten als schnöselhaft. Dieser Wertung schließe ich mich nicht an. Oft hört man, das Leben des Menschen sei wie ein Kreis, im Alter kehre man in gewisser Weise zu den Anfängen zurück.

Betrachtet man die Anfänge des Berufslebens von Herrn Schily, so erinnert man sich an einen Verteidiger, der eher die Gegner dieses Staates als dessen Vertreter

oder gar die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vertrat. Auch heute scheint er wenige Sympathien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu haben, sonst hätte er nicht zweimal die Delegierten großer dbb Veranstaltungen brüskiert. Eines ist jedoch festzuhalten: Ohne die tüchtigen Beamtinnen und Beamten wäre er in seinem Ministerium zu keiner Leistungsfähig gewesen.

Leider ist dieses Fehlverhalten kein Einzelfall in der Bundesregierung. Herr Steinbrück ist zwar machtbe-wusst und würde die Steuerverwaltung gerne als Bundesverwaltung vereinnahmen, aber Interesse an den Anliegen der Beschäftigten der Einnahmeverwaltung scheint er nicht zu haben.

Der Weg zum Steuergewerkschaftstag nach Chemnitz war zu beschwerlich und zu weit. Nun hat er sogar seine Teilnahme an der Bundeshauptvorstandssitzung im Juni in Berlin, also in der Nähe seines Amtssitzes abgesagt.

Gegen den Rat aller Fachleute drückte er politische Änderungen zur steuerlichen Absetzbarkeit von Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte durch. Nach ersten Schlapen vor den Finanzgerichten mussten die Steuerbescheide hinsichtlich der Entfernungspauschale für vorläufig erklärt werden. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom November 2008, die den Fachleuten Recht gab, bedeutet für unsere Kolleginnen und Kollegen erhebliche Mehrarbeit, müssen doch Tausende von Bescheiden geändert werden. Statt unverzüglich die alte Rechtslage wieder herstellen zu lassen, beharrt Herr Steinbrück besserwisserisch, auch die Festsetzung in den geänderten Bescheiden müsse hinsichtlich der Entfernungspauschale vorläufig erfolgen. Will sich Herr Steinbrück Verschlechterungen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Zeit nach der Bundestagswahl vorbehalten? Will er doch nicht die von ihm propagierte steuerliche Entlastung des kleinen Mannes? Droht hier die Seuche des Ypsilantismus? Eines ist klar: Die Belastungen der Mitarbeiter-

Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

innen und Mitarbeiter der Finanzämter interessiert Herrn Steinbrück nicht.

Wer gegenüber den Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltung so desinteressiert ist, kann nicht ernsthaft erwarten, man wolle sich seiner Zuständigkeit anvertrauen. Von Fürsorge wollen wir in diesem Zusammenhang erst gar nicht reden. Unsere Ministerinnen und Minister in Niedersachsen heben sich von diesen Bundespolitikern positiv ab. Zum Steuergewerkschaftstag in Chemnitz waren unser Minister Möllring und sein hessischer Kollege Weimar erschienen. Sicherlich gibt es immer wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaften und Politikern, aber am gegenseitigen Respekt darf es nie mangeln. Die Herren Schily und Steinbrück haben hier Nachhilfe dringend nötig.

Beispielhaft, nachahmenswert ist das Versprechen, das der nordrhein-westfälische Ministerpräsidenten Rüttgers in Köln abgegeben hat, das Ergebnis der Tarifverhandlungen werde 1:1 auf seine Beamten übertragen. Gerne hätten auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen eine so klare Aussage gehört. Gelegenheiten gab es bereits mehrfach, aber leider wurden nur sehr vage Äußerungen gemacht. Nicht nur die Banken und die Wirtschaft benötigen einen Schutzschirm, sondern in besonderem Maße der öffentliche Dienst, der in den vergangenen Jahren von der Einkommensentwicklung abgekoppelt wurde. Es muß wieder einmal daran erinnert werden, dass zu den hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums auch die Fürsorge zählt. Während die wirtschaftliche Lage der Banken und von Teilen der Wirtschaft durch maßlose Spekulationen selbst verschuldet wurde, ist die negative Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes fremdbestimmt. Wir fordern daher nachdrücklich, endlich den Worten "Leistung muss sich lohnen" entsprechende Taten folgen zu lassen.

Wir warten nicht auf ein leistungsbezogenes Beamtenrecht (das gibt es nämlich bereits seit Jahrzehnten), sondern auf Bares auf unserem Konto. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, werden wir künftig durch entsprechende Aktionen unseren Vorstellungen Nachdruck verleihen müssen. Dabei dürfen wir nicht mehr unterscheiden, ob Tarif- oder Gehaltsverhandlungen anstehen. Es geht um berechnete Forderungen von Kolleginnen und Kollegen, für die alle gemeinsam kämpfen. Weder Tarifbeschäftigte noch Beamte noch Kommunal- oder Landesbeschäftigte lassen sich auseinanderdividieren. Es geht um einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst, der nur gewährleistet ist, wenn tüchtige Menschen die Interessen des Gemeinwohls wahrnehmen. Qualifizierte Beschäftigte erwarten zu Recht eine angemessene Bezahlung und keine Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Hierfür kämpfen wir in den kommenden Wochen.

Wer kämpft, kann verlieren, wer zu Hause bleibt, hat bereits verloren.

Mit diesem Appell grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



AKTUELLES - Kurz notiert:

Keine Nachzahlung erhöhten Familienzuschlags ohne zeitnahe Geltendmachung

Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Frage zu klären, ob Beamte mit drei und mehr Kindern erhöhte Besoldungsleistungen auf der Grundlage der Vollstreckungsanordnung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfGE 99, 300) nur dann zustehen, wenn sie diese Leistungen im jeweiligen Haushaltsjahr geltend gemacht haben.

In zwei Verfahren hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 13.11.2008 entschieden, dass die Dienstherrn den erhöhten Familienzuschlag nicht mehr zahlen müssen, wenn Beamte die Ansprüche nicht zeitnah geltend machen (Urteile vom 13.11.2008, Az.: 2 C 16.07; 2 C 21.07) und damit die Klagen abgewiesen, in denen Beamte erst im Jahr 2004 Ansprüche rückwirkend für die Jahre ab 2001 durchsetzen wollten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich dabei auf die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Besonderheiten des Beamtenverhältnisses gestützt. Das Beamtenverhältnis sei ein wechselseitig bindendes Treueverhältnis, aus dem nicht nur die Verpflichtung des Dienstherrn folge, den Beamten amtsangemessen zu alimentieren, sondern auch die Pflicht des Beamten, auf die Belastbarkeit des Dienstherrn und dessen Gemeinwohlverantwortung Rücksicht zu nehmen. Der Beamte könne nicht erwarten, dass er ohne eigenes Zutun nachträglich in den Genuss der Befriedigung eines zurückliegenden Unterhaltsbedarfs komme, den er selbst gegenüber seinem Dienstherrn zeitnah nicht geltend gemacht habe.

Erste Landesvorstandssitzung 2009 in Hannover

Am 26. Januar 2009 fand die erste Landesvorstandssitzung des neugewählten Landesvorstandes der DSTG statt. Es galt, eine umfangreiche Tagesordnung in nur einem Sitzungstag abzuarbeiten.

Am 26. Januar 2009 fand ebenfalls die zweite Runde der aktuellen Tarifverhandlungen für Länder und Kommunen statt. Weil zu erwarten war, dass auch diese zweite Verhandlungsrunde zu keinem befriedigendem Ergebnis führen wird, war der in diesem Fall bereits angekündigte Warnstreik und die begleitenden Aktionen ein zentrales Thema dieser Landesvorstandssitzung. Diese gemeinsame Aktion der Gewerkschaften ver.di und DSTG war für den 03. Februar 2009 in der Zeit zwischen 11.00 Uhr und 14.00 Uhr angedacht. Aus Sicht der DSTG Niedersachsen, aber auch des dbb Landesbundvorsitzenden Friedhelm Schäfer ein für die Niedersachsen nicht unbedingt günstiger Termin, zumal es sich bei dem 03. Februar 2009 um einen Schulfertigkeitstag handelt.

Es bleibt zu hoffen, dass sich trotz der Problematik viele Kolleginnen und Kollegen an der Aktion beteiligen, denn, sollte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) kein Angebot vorlegen, gilt es vor der am 14. Februar 2009 in Potsdam stattfindenden dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde zu zeigen, wo der Weg hingehen muss.

Als Erinnerung seien hier noch einmal die Forderungen der Gewerkschaften nach 8 % mehr Einkommen, mindestens jedoch 200,- Euro, sowie Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für die



Beamten genannt. In dieser Forderung, die zentral erhoben wird, ist der Besoldungsrückstand in Niedersachsen nicht berücksichtigt. Bleibt die TdL bei ihrer Haltung (Null Bewegung, Null Angebot), hieße dieses für die Tarifbeschäftigten der Länder sowie die Landes- und Kommunalbeamten Nullrunde!

"Verhandelt wird überwiegend mit Finanzministern. Diese haben als Politiker den Rettungsschirm für Banken und die Industrie von mehreren hundert Milliarden Euro aufgespannt. Die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften fordert für über 2,8 Millionen Menschen ein Finanzvolumen von 7,5 Milliarden Euro", so der stellv. Vorsitzende der DSTG Bund und der dbb tarifunion.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wies unser Landesvorsitzender Dr. Thorsten Eichenauer darauf hin, dass die DSTG Niedersachsen ebenso wie die Bundesorganisation der DSTG in diesem Jahr ihr 60-jähriges Bestehen feiern kann. Die DSTG Niedersachsen wird hier auf eine besondere Veranstaltung anlässlich dieses Ereignisses verzichten und die Beträge, die dafür aufgewandt worden wären, den Ortsverbänden in den Finanzämtern im Rahmen ihrer Ortsverbandssammlungen zukommen lassen. Der Landesvorstand war der Auffassung, dass dort, wo die Arbeit an der Basis geleistet wird, das Geld gut angelegt sei.

Diskussionspunkte waren aber auch die neuen Beurteilungs- und Beförderungsrichtlinien. Für die Beschäftigten des gehobenen Dienstes sind diese neuen Regelungen erstmals angewendet worden. Nachdem nun die Beurteilungen annähernd vollständig ausgehändigt worden sind, tauchen von den beurteilten Kolleginnen und Kollegen eine Menge Fragen zu dem neuen System und natürlich auch zu den neuen Verfahren auf.

Ein weiteres zentrales Thema für die Gewerkschaft und die Personalvertretung gleichermaßen ist die Einführung von KONSENS I. Wie mehrfach berichtet, handelt es sich um ein Verfahren, das in Bayern

Aus dem Landesvorstand

entwickelt worden war und aufgrund einer u.a. in Niedersachsen erstellten Differenzanalyse Verbesserungen erfahren hat und weiterhin erfahren wird. Die Einführung von KONSENS I wird so erfolgen, dass die Steuererklärungen des Veranlagungszeitraumes 2010 unter dem neuen Verfahren bearbeitbar sind, d.h. tatsächlicher Einsatz zum 01. Januar 2011. Natürlich werden sich durch die Einführung Änderungen ergeben, die nicht immer nur Verbesserungen bedeuten. Die Zielrichtung der Einführung von KONSENS I ist nicht (nur), eine Verbesserung einzuführen, sondern alle Bundesländer sollen unter einheitlichen Programmen arbeiten. Das Verfahren zu Aktenabgaben und -übernahmen wird beispielsweise auch durch den Einsatz eines einheitlichen Grundinformationsdienstes ohne weiteres möglich sein.

Den Mitgliedern des Landesvorstandes liegt zwischenzeitlich auch ein Entwurf zur neuen Niedersächsischen Laufbahnverordnung vor. Dieser Entwurf befindet sich zur Zeit noch in der Diskussion in den einzelnen Ressorts und in den Gewerkschaften, so dass Ausführungen hierüber zu spätere Zeit erfolgen müssen.

Die noch verbleibene Zeit der Landesvorstandssitzung diene den gewerkschaftsinternen Themen. So wurde beispielsweise - wie auf dem Landesverbandstag angesprochen - eine Reisekostenregelung der DSTG beschlossen. Grundsätzlich gilt auch für Reisen für die DSTG das Bundesreisekostengesetz. Weiterhin wurde das Thema Hilfskasse angesprochen. Da der DSTG seit geraumer Zeit erhöhte Kosten entstehen, weil Lastschriften nicht eingelöst werden, wird für die Nichteinlösung sowie für das Erstellen von Mahnungen künftig eine vergleichsweise geringe Gebühr anfallen. Wir bitten, Sorge zu tragen, dass diese Kosten nicht anfallen.

Abschließend konnten die Mitglieder des Landesvorstandes noch erfahren, dass der Landesgewerkschaftstag des dbb niedersachsen in der Zeit vom 22. / 23. Oktober 2009 stattfinden wird. Wir werden uns in allernächster Zeit darum bemühen, Anträge der DSTG Niedersachsen zum Landesgewerkschaftstag zu formulieren.

Aus den Ortsverbänden

Jahresversammlung beim Ortsverband Lingen

Am 26.11.2008 fand die alljährliche Jahreshauptversammlung des DSTG-Ortsverbandes Lingen (Ems) statt. Rund 70 Mitglieder (Beamte und Tarifbeschäftigte; vom einfachen bis zum höheren Dienst) des Ortsverbandes waren erschienen, um sich über die Gewerkschaftsarbeit des vergangenen Jahres zu informieren.

Vor der eigentlichen Jahreshauptversammlung fand -bereits zum 32. Mal- eine informative Betriebsbesichtigung eines emsländischen Betriebes statt. Als kleines Gastgeschenk gab es im Rahmen der Jahreshauptversammlung für jedes Mitglied ein paar nützliche Utensilien mit DSTG-Logo und einen Nikolaus. Nach der Begrüßung der Mitglieder informierte der stellvertretende DSTG-Landesvorsitzende und Vorsitzende des DSTG-Bezirksausschusses Oldenburg Thorsten Balster über aktuelle Sachfragen:

Er erläuterte die neuen Beförderungsrichtlinien, ging auf die geplante Dienstrechtsreform ein, gab weitergehende Informationen zur Besoldungsrunde 2009 (insbesondere zum Stellenhebungsmodell) und bekräftigte nochmals die Forderungen der DSTG in der anstehenden Besoldungsrunde 2009. Thorsten Balster stand auch nach der Jahreshauptversammlung für viele Fragen der Mitglieder zur Verfügung und sagte -soweit noch Fragen offen geblieben waren- eine rasche Klärung zu.

Nach dem Kassenbericht, der in diesem Jahr erstmals durch Kerstin Teipen vorgetragen wurde, wurden zahlreiche Mitglieder für Ihre 25-jährige und 40-jährige Mitgliedschaft in der DSTG durch unseren Schriftführer Wilfried Dahm geehrt. Im Anschluss an die Ehrungen gaben Erich-Axel David (als Vorsitzender), Marion Stroot (als Gleichstellungsvertreterin), Sebastian Silies (als Jugendvertreter) und Berhard Wobbe (als Vertreter der Pensionäre) Ihre "Tätigkeitsberichte" für das vergangene Jahr ab.

Die erfolgreich bestrittenen Personalratswahlen, Anträge des Ortsverbandes an den Landesverbandstag in Verden oder aber die eigene Homepage des Ortsverbandes Lingen (www.dstg-lingen.gmxhome.de) waren

Aus den Ortsverbänden



dabei nur einige Schlagworte, die das besondere Interesse der Mitglieder fanden.

Nach dem traditionellen Grünkohlessen wurde - wie auch in den Vorjahren- um verschiedene Weinpräsente geknobbelt. Dass das Glück -leider auch schon fast traditionell- ungleich verteilt war, sei dabei nur am Rande bemerkt :-). Insgesamt können wir - auch dank der "Unterstützung" durch den Kollegen Thorsten Balster- auf eine gelungene Jahreshauptversammlung 2008 zurückblicken.

*Erich-Axel David,
DSTG-Ortsverband Lingen (Ems)*

Aus dem Bezirkspersonalrat

Finanzpräsident Dieter Meyer stellt sich im BPR vor.

Die Mitglieder des Bezirkspersonalrates (Land) konnten in ihrer Sitzung am 04. Februar 2009 den Nachfolger des Finanzpräsidenten Dr. Hasselmann, Herrn Dieter Meyer begrüßen.

Herr Meyer ist nach dem Wechsel von Herrn Dr. Hasselmann in das Niedersächsische Finanzministerium bis zu seiner Ernennung zum Finanzpräsidenten zunächst kommissarisch mit der Leitung der Steuerabteilung Hannover betraut worden.

Zur Person: Herr Meyer hat seine Laufbahn in der niedersächsischen Finanzverwaltung als Finanzanwärter begonnen. Nach einem anschließendem Jura-Studium ist er 1988 wieder in die Steuerverwaltung eingetreten. Seit 1990 war er im Niedersächsischen Finanzministerium u.a. für den Bereich Finanzverfassung, Finanzausgleich, Finanzierung Deutsche Einheit zuständig. In den Jahren 1998 bis 2006 hat Herr Meyer die Funktion des Finanzreferenten wahrgenommen. Sein Zuständigkeitsbereich umfasste jetzt u.a. Bundesgesetzgebung, Verfahren im Bundesrat sowie Finanzministerkonferenzen. Bis zu seinem Weggang aus dem Finanzministerium bekleidete

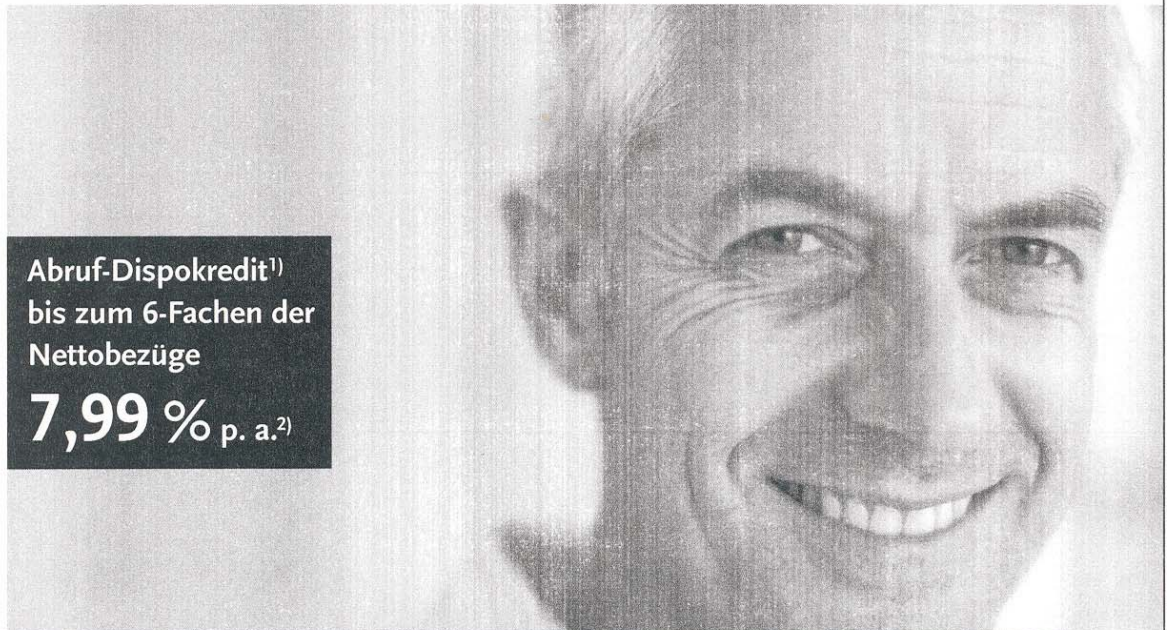
er Herr Meyer den Posten des Leiters der Abteilung 3 im Finanzministerium.

Seit dem 12. Januar 2009 ist Herr Meyer in der Oberfinanzdirektion Hannover - StH - tätig. Die Mitglieder des Bezirkspersonalrat (Land) erlebten einen für die im Rahmen dieser Vorstellung vorgetragenen Themen sehr aufgeschlossenen und interessierten Dienststellenleiter. Herr Meyer bekräftigte, dass er jederzeit für die Anliegen des Bezirkspersonalrates (Land) zur Verfügung stünde.

Die Mitglieder des Bezirkspersonalrates (Land) sehen hier eine Fortsetzung der bisherigen guten Arbeit zwischen Dienststelle und Personalvertretung und wünschen Herrn Meyer alles Gute für die neue Aufgabe.



Finanzpräsident Dieter Meyer (links) und der BPR Vorsitzende Günther Abeling



Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen der
Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾

¹⁾ Bei entsprechender Bonität
²⁾ Kondition freibleibend
³⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinzug)

0, Euro Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard Service-Netzes.

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge, Mindestrahmen 5.000,- Euro

+ 0,- Euro Depot³⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Ingo Muhs, Kundenberater Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de
www.beuegekonto.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk.
Für Berufsanfänger sogar 30,- Euro pro Ausbildungsjahr (max. 3 Jahre)



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst